



Jugendhilfeausschuss

Niederschrift über die 43. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25. März 2019

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67 in
18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 16:00 - 17:30 Uhr

Anwesenheit:

1. Stellvertreter

Herr Jan Peters

Ausschussmitglieder

Frau Mechthild Gibbels

Frau Kristine Kasten

Frau Anett Kindler

Frau Andrea Kühl

Frau Christiane Latendorf

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Falk Ellwitz

Frau Carmen Schröter

Frau Antje Schuldt

Stellvertreter

Herr Tino Borchert

Frau Heike Corinth

Frau Corinna Gregull

Herr Thomas Haack

Frau Margret Schüler

Herr Christian Waedow

Vertretung für Frau Juliane Hecht-Pautzke

Vertretung für Frau Kathrin Meyer

Vertretung für Frau Nicole Schacht

Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Vertretung für Herrn Axel Thiede

Vertretung für Frau Christiane Geisler

Von der Verwaltung

Frau Margit Berg

Protokoll

Gäste

Frau Selina Easterbrook

Frau Birgit Rubbert

Es fehlen:

Vorsitzende

Frau Kathrin Meyer

entschuldigt

Ausschussmitglieder

Frau Sabine Ehlert

entschuldigt

Herr Thomas Reichenbach

entschuldigt

Herr Axel Thiede

entschuldigt

Mitglieder mit beschließender Stimme

Frau Christiane Geisler

entschuldigt

Frau Antje Groß-Klußmann

entschuldigt

3. Kinder-, Jugend- und Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 28. Januar 2019

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift vom 28. Januar 2019 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 5 Dagegen: 0 Enthaltungen: 7

5. Information aus der AG 78 HzE

Die Sprecherin der AG 78 HzE - Frau Rubbert - berichtet ausführlich über die Arbeit (Anlage 1) der AG und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Die AG hat eine sehr gute Konstanz erreicht. Es erfolgt eine regelmäßige Teilnahme von entscheidungsbefugten Personen. 14 Träger sowie die Fachdienste Jugend und sozialpädagogischer Dienst arbeiten mit. Durch die Neuorganisation in zwei Fachdienste und die Besetzung der Stellen Führungsunterstützung und Fachdienstleitung Sozialpädagogischer Dienst hat sich der Schwerpunkt von finanziellen zu fachlich-inhaltlichen Themen verändert. 2018 sind die Unterarbeitsgruppen „Finanzen/Entgelte“, „Erziehungsberatungsstellen“, „Datenschutz“, „Integrationshelfer“ und „Qualitätsdialog/Hilfeplanverfahren“ mit je 6 - 8 Teilnehmern gebildet worden, sie werden von Verwaltung oder freiem Träger geleitet.

Ergebnisse waren z. B. einheitliche Verschlüsselungsverfahren bei der Datenübermittlung zwischen Trägern und Verwaltung, die Erarbeitung von einheitlichen Standards wurde fortgeführt und Materialien zur Entgeltkalkulation erarbeitet.

Ziele für 2019 sind u. a. Erfahrungsaustausch der Erziehungsberatungsstellen, Weiterarbeit an fachlichen Standards für Integrationshelfer, Festlegung fachliche Standards zum begleiteten Umgang und einheitliche Materialien zur Entgeltkalkulation, die dem JHA zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die AG wünscht sich vom Jugendhilfeausschuss eine Aussage, wie die AG und die freien Träger an der Jugendhilfeplanung beteiligt werden.

Herr Ellwitz informiert, dass der noch ausstehende Gesprächstermin mit dem Fachdienst 22 zu den Empfehlungen der Entgeltkalkulation im zweiten Quartal 2019 vereinbart wird.

Beschluss:

Zur Beantwortung der Frage nach den Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der Integrationshelfer mit den Schulen erhält Herr Karsten Schütze Rederecht.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Er erläutert, dass es vorkommen kann, dass Integrationshelfer - z. B. bei Ausfall eines Lehrers - Aufgaben übernehmen sollen, die nicht Aufgabe des Integrationshelfers sind. Daher arbeitete die AG an einer verbindlichen Tätigkeitsbeschreibung.

Zur Frage aus der AG zur Beteiligung der freien Träger an der Jugendhilfeplanung verweist Frau Schröter darauf, dass die Beteiligung der freien Träger durch deren Mitglieder im Jugendhilfeausschuss erfolgt. In der Klausurtagung 2015 wurde das Ziel gesetzt, die Jugendhilfeplanung auf einen qualitativ besseren Standard zu bringen. Die dazu notwendigen Daten zu den strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, den Angeboten, Leistungen, Fallzahlen u. s. w. sowie deren Entwicklung werden (beginnend 2015) laufend zusammengestellt und jährlich fortgeschrieben und dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung gestellt. So auch die heute verteilten Unterlagen mit den Daten bis 2018 (Anlage 2).

Dies ist die Grundlage für die Analyse um künftige Bedarfe zu erkennen und Handlungswege abzuleiten - wie bisher auch nicht aus finanzieller sondern aus fachlicher Sicht. Dies ist auch eine personelle Herausforderung.

Herr Peters schlägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss die Jugendhilfeplanung in der nächsten Legislaturperiode separat auf die Tagesordnung nehmen sollte.

6. Förderung einer Maßnahme der Jugendberufshilfe
Vorlage: BV/2/0595

Frau Easterbrook vom Leitungsteam der Produktionsschule Vorpommern-Rügen informiert über die Arbeit (Anlage 3). Die Produktionsschule hat sich inhaltlich und qualitativ konstant weiterentwickelt. Sie ist auch auf Grund der guten Vernetzung erfolgreich. Problematisch ist nach wie vor die Mischfinanzierung. Aktuell besuchen 57 junge Leute die Produktionsschule. Es gibt eine Warteliste für durchschnittlich zwei Monate. Im Rahmen der Produktionsschule Plus unterstützen eine Sozialpädagogin und eine Deutschlehrerin bei Bedarf z. B. bei Behördengängen und sprachlichen Problemen. 2018 war mit 20 von 25 bestandenen Prüfungen zur Berufsreife das erfolgreichste Jahr. Bei der Vermittlung und Begleitung der Jugendlichen ist die Zusammenarbeit z. B. mit der Berufsberatung und dem Projekt BiFa sehr hilfreich.

Beschluss:

Das Projekt Produktionsschule Vorpommern-Rügen des CJD Nord wird - vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung - in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 mit jeweils 130.000,00 € gefördert.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Förderung von Maßnahmen und Projekten der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes
Vorlage: BV/2/0591

Es gibt zu der Beschlussvorlage keine Wortmeldungen. Herr Peters lässt über die fünf Maßnahmen einzeln abstimmen.

Beschluss:

Die zuwendungsfähigen Ausgaben der nachstehend aufgeführten Träger der freien Jugendhilfe für die Durchführung der Maßnahmen werden auf der Grundlage der Jugendförderrichtlinie des Landkreises Vorpommern-Rügen und der dafür angemeldeten Mittel für das Haushaltsjahr 2019 - vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung - gefördert:

1. Die Klette e. V.	i. H. v.	5.000,00 €
2. JAM GmbH	i. H. v.	25.979,78 €
3. Jugendkirche	i. H. v.	5.967,00 €
4. Jugendbeirat Sassnitz e. V.	i. H. v.	5.040,00 €
5. Kreisdiakonisches Werk Stralsund e. V.	i. H. v.	3.762,00 €

Abstimmungsergebnis:

zu 1.	Ja: 12	Nein: 0	Enthaltung: 0
zu 2.	Ja: 12	Nein: 0	Enthaltung: 0
zu 3.	Ja: 12	Nein: 0	Enthaltung: 0
zu 4.	Ja: 12	Nein: 0	Enthaltung: 0
zu 5.	Ja: 12	Nein: 0	Enthaltung: 0

8. Verwendung der finanziellen Zuweisung an den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Jahr 2019
Vorlage: BV/2/0593

Es gibt zu der Beschlussvorlage keine Fragen.

Beschluss:

Die dem Landkreis Vorpommern-Rügen für das Jahr 2019 zur Verfügung gestellten Mittel aus dem ehemaligen Betreuungsgeld werden wie folgt eingesetzt:

1. Die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegepersonen im Landkreis Vorpommern-Rügen erhalten antragslos einmalig einen Betrag von 20,00 Euro pro Kind auf der Basis der belegten Plätze am Stichtag 1. März 2018 zur Durchführung von Projekten zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Jahr 2019, sofern diese nicht bereits über die Entgelte bzw. laufenden Geldleistungen finanziert werden.
2. Sofern die zur Verfügung stehenden Mittel durch 1. nicht aufgebraucht werden, werden sie zum Ausgleich der entstandenen Mehraufwendungen im Jahr 2019 bei der Übernahme von Elternbeiträgen einschließlich Verpflegungskosten gemäß § 90 SGB VIII für Kinder mit Migrationshintergrund (ausländische Staatsangehörigkeit) eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. **Mitteilungen**

Förderprogramm ProKindertagespflege, Kindertagespflege Vertretungsmodell, Online-Portal Kita-Anmeldung Stralsund, mittelbare pädagogische Arbeit, Kita-Invest, Suchtprävention, Kindernotdienst, Anträge Jugendförderrichtlinie

Herr Ellwitz informiert.

Der Antrag für das Förderprogramm **ProKindertagespflege** wurde gestellt. Das Gesamtvolumen beträgt 400.000 Euro für 3 Jahre (bis 31. Dezember 2021). Grundinhalt des Programms ist die Qualitätsentwicklung in der Kindertagespflege. Die Förderung wird eingesetzt für die verpflichtend einzurichtende Koordinierungsstelle, für die 300 Stunden Qualifizierung der Kindertagespflegepersonen nach dem Qualitätshandbuch, welche mit dem neuen KiföG M-V verpflichtend sein sollen sowie für die weitere Begleitung und Weiterentwicklung der Vertretungsmodelle. Sobald der Bewilligungsbescheid vorliegt, wird die Umsetzung gestartet.

Trotz größter Anstrengungen ist es noch nicht gelungen, die Erprobung aller vorgesehenen **Vertretungsmodelle** in der Kindertagespflege zu starten. Die Arbeitsgruppe hat am 7. März 2019 entschieden, in Stralsund mit der mobilen Vertretung mit zunächst einer Vertretungsperson zu starten. Sie ist seit dem 18. März 2019 bei einem freien Träger angestellt und hat mit den Vorbereitungen begonnen, z. B. Kontaktaufnahme mit Kindertagespflegepersonen (TPP). Es wurde auch entschieden, nochmals alle TPP zu fragen, ob sie an der Erprobung teilnehmen wollen, da es TPP gibt, die dies ablehnen. Die Abfrage erfolgte bis zum 23. März 2019, die Auswertung steht noch aus. Wer die Teilnahme ablehnt, erhält vorerst weiterhin die Vertretungspauschale und muss damit die Vertretung absichern. Am 8. April 2019 wird es eine Beratung mit allen teilnehmenden TPP geben, um Details zu besprechen und ggf. aus den ersten Wochen der Umsetzung entstandene Fragen zu klären. Die weiteren Vertretungsmodelle werden gestartet, wenn die Rahmenbedingungen stehen.

Am 13. März 2019 wurde das **Online Portal zur Kita-Anmeldung** der Firma arxestolina GmbH vorgestellt. Die Stadt Stralsund fragt derzeit bei allen Trägern die Bereitschaft zur Teilnahme ab. Aus Sicht der Stadt und des Kreises ist es für eine sinnvolle Steuerung der Anmeldung und Bedarfsplanung notwendig, dass sich alle Kita-Träger in der Stadt beteiligen. Über Ergebnisse wird der JHA informiert.

Die Verwaltung hat gegenüber dem Sozialministerium erneut darauf hingewiesen, dass die Finanzierung der **mittelbaren pädagogischen Arbeit** nicht auskömmlich ist. Das Schreiben liegt als Tischvorlage aus und wird dem Protokoll beigelegt (Anlage 4).

Die Anträge auf **Kita-Invest-Mittel** liegen für sechs der acht Maßnahmen der Priorität 1 vor. Teils sind noch Unterlagen nachzureichen, teils konnte ein vorzeitiger Maßnahmebeginn erfolgen.

Die zwei fehlenden Anträge werden derzeit vorbereitet, die offenen Grundstücksfragen sind geklärt. Die Verwaltung überwacht den Zeitplan engmaschig und ist in ständigem Kontakt mit den Antragstellern.

Im Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens zur **Suchtprävention** hat der Träger Chamäleon e. V. den Zuschlag erhalten. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn zum 9. Februar 2019 ist bewilligt worden. Sobald die erforderlichen Nacharbeiten im Kosten- / Finanzierungsplan und Abstimmungen dazu abgeschlossen sind, kann der Zuwendungsbescheid erstellt werden.

Im Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens zum **Kindernotdienst** hat der Verbund für Soziale Projekte e. V. (VSP e. V) die höchste Punktzahl erreicht (siehe Anlage 5). Die Kostensatzverhandlungen haben begonnen. Es wird der Start am 1. Juli 2019 angestrebt. Das bei der Auswahl erstmals angewendete Bewertungssystem ist von allen Beteiligten als sehr objektiv erlebt worden.

Herr Peters stellt auf Wunsch aus dem Jugendhilfeausschuss den VSP e. V. kurz vor. Der Träger ist seit 1992 im Bereich der Jugendhilfe tätig, in den Bereichen Erziehungsberatung, ambulante Leistungen, Tagesgruppe, Kinder- und Jugendwohngruppe, betreutes Wohnen, betreutes Eltern-Kind-Wohnen. Es sind derzeit 60 Mitarbeiter einschließlich der Integrationshelfer. Der Kindernotdienst ist ein neues Arbeitsfeld, obwohl es bereits Erfahrungen mit Inobhutnahmen gibt, die in den stationären Angeboten durchgeführt wurden.

Nach der **Jugendförderrichtlinie** des Landkreises Vorpommern-Rügen wurden für das Jahr 2019 bisher 110 Anträge mit einem Volumen von 343.000 Euro gestellt. Durch den Jugendhilfeausschuss wurden 10 Anträge bewilligt, durch die Verwaltung 36. Insgesamt sind damit bereits 180.000 Euro von den zur Verfügung stehenden 428.000 Euro gebunden (siehe Anlage 6). Bei einem großen Teil der noch nicht bewilligten Anträge sind noch Nacharbeiten durch die Antragsteller nötig. Es ist aktuell nicht erkennbar, dass die Mittel für 2019 nicht ausreichen werden.

Herr Peters weist ergänzend darauf hin, dass alle Anträge nach Jugendförderrichtlinie, über die der Jugendhilfeausschuss entscheidet, möglichst noch am 13. Mai 2019 behandelt werden, da dies auf Grund der Kommunalwahlen sonst erst wieder im August bzw. September möglich ist.

Frau Schröter informiert, dass auf der Jugendamtsleiterberatung am 12. März 2019 bezüglich der **Landesjugendhilfeplanung** bekannt wurde, dass das Land eine Umwidmung des Projektes vorgenommen hat, eine Steuerungsgruppe eingerichtet wurde und dass es einen Evaluationsbericht der Landkreisjugendhilfeplanungen gibt. Diese sind jeweils nicht bekannt, eine Beteiligung der kommunalen Ebene erfolgte nicht. Daher wird die Teilnahme am Workshop im Mai 2019 abgelehnt.

Herr Peters verweist ergänzend auf die Positionierung des Jugendhilfeausschusses vom 29. Oktober 2018 zur Landesjugendhilfeplanung sowie zur Jugendförderung. Das Antwortschreiben des Sozialministeriums liegt vor. Es wurde verteilt und wird außerdem dem Protokoll als Anlage 7 beigelegt.

Herr Peters informiert weiterhin, dass das Land bestrebt ist, das **Kinder- und Jugendförderungsgesetzes M-V** zu reformieren. Außerdem ist eine Schulgesetzänderung auf den Weg gebracht worden.

10. Anfragen

Herr Peters informiert über den Vorschlag, am 13. Mai 2019 wieder einmal eine Sitzung auswärts durchzuführen und eine Einrichtung zu besuchen (Hiddensee) und im Anschluss zu Grillen, da es die letzte Sitzung ist und fragt, ob die Mitglieder einverstanden sind.

Auf Grund des hohen Zeitaufwandes wird Hiddensee als Tagungsort verworfen.

Das Grillen findet Zustimmung.

Herr Waedow bietet als Alternative an, die Sitzung im Nachbarschaftszentrum in Bergen auf Rügen durchzuführen. Herr Borchert schlägt die Minimanufaktur in Parow vor.

Die Verwaltung wird gebeten, alles weitere zu veranlassen.

Weitere Anfragen gibt es nicht.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung entfällt.

29. Apr. 2019 gez. J. Peters

5. April 2019 gez. M. Berg

Datum, Unterschrift

Jan Peters

1. Stellvertreter d. Ausschussvorsitzenden

Datum, Unterschrift

Margit Berg

Protokollführerin